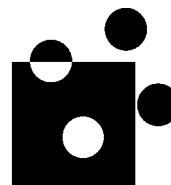


Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF
Commission fédérale de coordination pour les questions familiales COFF
Commissione federale di coordinamento per le questioni familiari COFF
Cumissiun federala da coordinaziun per las dumondas famigliaras CUFF



Jahresbericht 2002

© 2003 Eidg. Koordinationskommission
für Familienfragen (EKFF), Bern

Auskunft:
Ruth Calderón-Grossenbacher
Isabelle Villard, EKFF, Bern

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF)
Bundesamt für Sozialversicherung
Zentralstelle für Familienfragen
Effingerstrasse 20, 3003 Bern
Tel. 031 324 06 56
Fax 031 324 06 75
www.ekff.ch

Inhaltsverzeichnis

I	Die Tätigkeit der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen im Jahr 2002	2
1	Plenarsitzungen	2
2	Schwerpunkte	3
2.1	Familienlasten- und Familienleistungsausgleich	3
2.2	Familien und Migration	5
2.3	Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung	7
2.4	Vereinbarkeit von Familie und Beruf	7
2.5	Grundlagen der Familienpolitik	8
2.6	Forschung	8
3	Vernehmlassungen	9
4	Öffentlichkeitsarbeit	9
4.1	2. EKFF-Tagung mit VertreterInnen aus kantonalen Institutionen und Fachverbänden im Bereich Familienfragen – 12. März 2002, Bern	9
4.2	2. Forum Familienfragen der Reihe „Aufgaben, Ressourcen und Leistungen von Familien“ - 11. September 2002, Solothurn	10
4.3	Öffentliche Stellungnahmen, Medienmitteilungen	10
4.4	Kontakte mit Verwaltungsstellen und der Öffentlichkeit	11
5	Ausblick auf das Jahr 2003	12
II	Anhang	13
1	Mitglieder der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen 2002	13
2	Auszug aus der Einsetzungsverfügung vom 20. November 1995 des Eidg. Departementes des Innern	14
3	Publikationen	16

I Die Tätigkeit der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen im Jahr 2002

Das Jahr 2002 war für die Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) stark geprägt von ihrer Präsenz auf der politischen Bühne und in den Medien. Zusammen mit sozialpolitischen Organisationen - unter der Bezeichnung „Perspektive Familienpolitik“ - wurde eine gemeinsame familienpolitische Position vertreten, in deren Rahmen die EKFF erneut öffentlich für wirksame Reformen des Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs eintrat.

Mit der Publikation „Familien und Migration. Beiträge zur Lage der Migrationsfamilien und Empfehlungen der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen“ wollte die EKFF die Medien und Fachleute im Bereich Familienfragen für die politischen Herausforderungen im Zusammenhang mit Familie und Migration sensibilisieren.

Mit der Durchführung von zwei Tagungen auf nationaler Ebene - die erste im Frühling zur Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung, die zweite im Herbst zu den Leistungen von Familien - stellte die EKFF Fachleuten im Bereich Familienfragen und ExpertInnen der Familienforschung eine Austauschplattform zur Verfügung.

Kathie Wiederkehr, eine der Pionierinnen der EKFF, gab ihren Rücktritt als Mitglied auf Ende April 2002 bekannt, dies gleichzeitig mit demjenigen von ihrem Amt als Präsidentin des Schweizerischen Bunds für Elternbildung. Die Vakanz wurde im Juni 2002 mit Christine Luchsinger, Amt für Jugend- und Berufsberatung, Kanton Zürich, neu besetzt.

1 Plenarsitzungen

Die EKFF befasste sich anlässlich ihrer fünf Plenarsitzungen im Jahr (22. Februar, 12. April, 25. Juni, 22.- 23. August und 26. November) hauptsächlich mit folgenden Themen:

- „Familien und Migration“
- „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“
- EKFF-Tagung mit VertreterInnen aus Kantonen, Gemeinden und Fachverbänden, welche 2002 dem Thema „Qualität familienergänzender Kinderbetreuung“ gewidmet war
- Forum Familienfragen mit Schwerpunkt auf der Forschung zu familialen Leistungen
- Aktuelle familienpolitische Vorlagen auf Bundesebene und Lobby-Arbeit mit anderen nationalen Organisationen

- „Familienbericht“ auf Bundesebene
- NFP 52 "Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel"

2 Schwerpunkte

2.1 Familienlasten- und Familienleistungsausgleich

Die EKFF setzt sich seit zwei Jahren für einen besseren Ausgleich der Familienlasten und –Familienleistungen ein und hat dazu andere nationale Organisationen, die sich mit demselben Thema befassen, zusammengeführt. Ziel ist es, die Positionen zu vereinheitlichen und gemeinsame Massnahmen zu planen und zu koordinieren.

Anlässlich der ersten Sitzung im Januar versammelten sich VertreterInnen von Pro Familia, pro juventute, der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS, der Städteinitiative „Ja zur sozialen Sicherung“, der Konferenz der Kantonalen SozialdirektorInnen (SODK) und der EKFF zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Positionspapiers.

Das vom Präsidenten vorbereitete und zuvor von der EKFF verabschiedete Positionspapier zur Familienpolitik wurde den Organisationen vorgelegt und an einer zweiten Sitzung diskutiert. Gleichzeitig wurde beschlossen, beim Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS ein Gutachten anzufordern. Dieses sollte bestimmte Fragen bezüglich Finanzierung und Einführung eines Systems von Ergänzungsleistungen für Eltern auf gesamtschweizerischer Ebene klären. Ausserdem gab die EKFF bei Rechtsanwalt Gerhard Hauser eine Analyse der juristischen, finanziellen und politischen Aspekte des geltenden Familienzulagensystems sowie eine Evaluation zur Einführung einer Bundeslösung in Auftrag.

Da die SODK-Position zur Familienpolitik noch nicht genügend gediehen war, teilte sie den übrigen Organisationen mit, dass sie deren gemeinsamen Standpunkt zwar nicht mittragen könnte, sich aber trotzdem weiter an den Überlegungen beteiligen möchte.

Die EKFF, Pro Familia, pro juventute, die SKOS und die Städteinitiative einigten sich anlässlich ihrer dritten Sitzung auf eine endgültige Position und gaben sich für den Auftritt in der Öffentlichkeit den Namen „Perspektive Familienpolitik“.

Die Standpunkte der Perspektive Familienpolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Perspektive Familienpolitik spricht sich hinsichtlich Familienbesteuerung für das Familiensplitting aus, da ihres Erachtens einzig dieses Modell von einem modernen Familienkonzept ausgeht und Paare mit minderjährigen Kindern gezielt steuerlich entlastet;
- die Perspektive Familienpolitik befürwortet eine grundlegende Reform des Familienzulagensystems. Die geltenden kantonalen Bestimmungen sind nicht mehr zeitgemäss. Deshalb spricht sie sich für eine umfassende bundesrechtliche Lösung

- mit einheitlichen Zulagen von mindestens 200 Franken für alle Kinder bzw. von 250 Franken für in der Ausbildung stehende Kinder, aus;
- die Perspektive Familienpolitik wünscht eine rasche Verwirklichung der Mutterschaftsversicherung im Sinne der parlamentarischen Initiative Triponez;
 - die Perspektive Familienpolitik unterstützt die parlamentarischen Initiativen Fehr und Meier-Schatz für die Einführung von Ergänzungsleistungen für bedürftige Familien auf Bundesebene nach dem „Tessiner Modell“.

Am 20. August 2002 stellte die Perspektive Familienpolitik zusammen mit den VertreterInnen der einzelnen Organisationen das Positionspapier¹ sowie die beiden Gutachten² der Presse vor. Die Pressekonferenz rief ein breites Medienecho und punktuelle Reaktionen hervor (Presseauszüge verfügbar). Positionspapier und Gutachten wurden insbesondere an ParlamentarierInnen sowie an Fachverbände und Kantonsdienste im Bereich Familienfragen verteilt.

Die gemeinsame Position ermöglichte der Perspektive Familienpolitik, auf Initiative der EKFF, sich bei den Parlamentsmitgliedern mit Blick auf die Beratungen in den eidgenössischen Räten für folgende Themen zu engagieren:

- Anstossfinanzierung für die Schaffung familienergänzender Kinderbetreuungsplätze. Brief vom 15. April 2002 an den Nationalrat und vom 17. Juni 2002 an den Ständerat (Pa. Iv. Fehr).
- Steuermassnahmenpaket 2001. Familienbesteuerung. Brief vom 16. September 2002 an den Ständerat: Unterstützung der Anträge der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates für eine individuelle Besteuerung, unter Berücksichtigung der politischen Situation.
- Gesetzesentwurf betreffend eines bezahlten Mutterschaftsurlaubs, Revision des Gesetzes über die Erwerbsersatzordnung (Pa. Iv. Triponez). Brief vom 2. Dezember 2002 an den Nationalrat zur Unterstützung der Minimalvariante und für die Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Adoptiveltern.

Der Präsident der EKFF wurde von der Subkommission Familienpolitik der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates am 6. Juni 2002 eingeladen, die Position der EKFF bzw. der Perspektive Familienpolitik bezüglich Ergänzungsleistungen für Eltern vorzutragen. Die BASS-Studie zu einem gesamtschweizerischen System von Familien-Ergänzungsleistungen wurde den Mitgliedern der Subkommission zur Verfügung gestellt.

Die Perspektive Familienpolitik will ihre gemeinsamen Tätigkeiten im Jahr 2003 fortsetzen.

¹ Perspektive Familienpolitik, Die Leistungen aller Familien anerkennen, Bern, 2002

² Hauser-Schönbächler Gerhard, Kinder- und Familienzulagen in der Schweiz. Untersuchung im Hinblick auf eine Neuordnung, im Auftrag der EKFF, Bern, 2002
Hüttner Eveline, Bauer Tobias, Abklärungen zu einem gesamtschweizerischen System von Familien-Ergänzungsleistungen. Bericht zu Handen der EKFF, Bern, 2002

2.2 Familien und Migration

Nachdem die EKFF anlässlich ihrer Retraite vom 21. und 22. August 2001 eine Bestandsaufnahme zur Situation der Migrationsfamilien vorgenommen hatte, beschloss sie, auf der Grundlage der dort vorgestellten Beiträge eine Broschüre zu veröffentlichen. Die beiden ersten Kapitel wurden im Rahmen von externen Mandaten verfasst, die drei übrigen Beiträge stammen von EKFF-VertreterInnen.

Die im Dezember 2002 veröffentlichte Publikation³ gliedert sich in folgende Teile:

- I. **Familien und Migration, Familien in der Migration** (Soziodemographische Ergebnisse), von Philippe Wanner und Rosita Fibbi, Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien. Gestützt auf soziodemographische Daten zeigen die Autoren die Interaktionen zwischen Migration und Familie in den verschiedenen Etappen des Migrationsprozesses auf und untersuchen die Lebensstile der Migrationsfamilien vor dem Hintergrund der Integration und der kulturellen Anpassung.
- II. **Migrationsfamilien in prekären ausländerrechtlichen Verhältnissen**, von Marc Spescha. Der Autor analysiert die ausländerrechtliche Stellung von in die Schweiz eingewanderten Familien mit Angehörigen ohne schweizerische Staatsbürgerschaft. Er macht auf deren, manchmal trotz jahrelanger Anwesenheit und entsprechender Integration in der Schweiz, schwierige rechtliche Lage aufmerksam.
- III. **Psychosoziale Situation von Migrationsfamilien**, von Andrea Lanfranchi, Mitglied der EKFF. Die Studie zeigt, dass eine verbesserte psychosoziale Situation von Migrationsfamilien mit deren Integration und mit familienpolitischen Investitionen auf verschiedenen Ebenen des öffentlichen Gesundheits-, Sozial – und Bildungswesens einher geht. Er betont auch, dass die Mehrheit der MigrantInnen sich bisher ohne grosse Komplikationen in verschiedenen Bereichen der Schweizer Gesellschaft integriert hat, dies auch dank deren besonderen Potenzialen, namentlich der Solidarität in den Familien.
- IV. **Beratungsangebote für Migrationsfamilien**, von Ruth Calderón-Grossenbacher, Co-Leiterin des EKFF-Sekretariats. Eine Analyse von konkreten Projekten für Migrationsfamilien und den damit verbundenen Erfahrungen führt zu folgendem Resultat: Wenn Beratungsangebote für Migrationsfamilien auf die vorhandenen Ressourcen der Zielgruppen abstützen, führt dies zu einer Stärkung und Förderung der Selbstverantwortung und der eigenen Integrationsleistungen.
- V. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen**. Die EKFF widmete ihre Retraite 2002 der Analyse der durchgeführten Studien und der Ausarbeitung von Empfehlungen auf der Grundlage eines Textes des Präsidenten. Die EKFF macht unter anderem folgende **Feststellungen**:
 - Die Lebensbedingungen der Migrationsfamilien sind sehr unterschiedlich.
 - Die Migration ist ein komplexer und länger dauernder Transformationsprozess, der mit ganz unterschiedlichen Strategien bewältigt werden kann.

³ Familien und Migration. Beiträge zur Lage der Migrationsfamilien und Empfehlungen der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen. Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 2002

- Die Migrationsfamilien verfügen über eigene Ressourcen, stellen ein grosses innovatives Potenzial für die Aufnahmegesellschaft dar und erbringen in verschiedener Hinsicht bedeutsame Leistungen.
- Ausländische Familien werden in zahlreichen Aspekten deutlich stärker benachteiligt als einheimische Familien; häufig sind ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen prekärer.
- Ein Teil der Migrationsfamilien hat unter prekären ausländerrechtlichen Verhältnissen zu leiden. Die Praktiken der kantonalen Fremdenpolizeibehörden variieren beträchtlich und haben Ungleichbehandlungen zur Folge.

Ausgehend von diesen Feststellungen formulierte die EKFF **Empfehlungen** für Politik und Forschung:

- Die EKFF ersucht die Bundesbehörden um eine **aktive Informationspolitik**, welche ein Bild der MigrantInnen in der Schweiz vermittelt, das besser mit der Realität übereinstimmt, welche die breite Vielfalt der Lebenslagen der Migrationsfamilien deutlich macht und deren grosse Integrationsleistungen hervorhebt und so zu einem besseren Verständnis zwischen In- und AusländerInnen beiträgt.
- Die EKFF empfiehlt der Forschung, der **Rolle der Familien** im Migrationsprozess künftig eine **grössere Beachtung** zu schenken.
- Die EKFF ist erfreut über die vom Bund im Jahr 2001 gewährten Finanzhilfen zur Förderung und Unterstützung von Integrationsprojekten. Sie spricht sich jedoch dafür aus, dass mit den Finanzhilfen auch **bestehende Aktivitäten von MigrantInnen-Organisationen** unterstützt werden, und dass in den Integrationsprojekten in Zukunft vermehrt die Ressourcen der Migrationsfamilien genutzt werden.
- Wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration sind **angemessene Rechtssicherheit und Rechtsschutz**. Bei der Erarbeitung des neuen Ausländergesetzes setzt sich die EKFF für eine bessere Regelung des Familiennachzugs und einen grösseren Rechtsschutz bei den Wechselfällen des Lebens ein. Die EKFF unterstützt die Absicht des Bundesrates, die **Einbürgerung** für junge, in der Schweiz aufgewachsene AusländerInnen der zweiten Generation zu erleichtern und Kindern der dritten Generation das Bürgerrecht von Gesetzes wegen mit der Geburt zu erteilen.
- Die EKFF ist der Auffassung, dass die **Leistungen der öffentlichen Dienste** daraufhin überprüft werden müssen, ob sie den **Bedürfnissen der MigrantInnen** entsprechend der spezifischen Lebensphasen genügend Rechnung tragen. Sie spricht sich für die Förderung der transkulturellen Kompetenz bei den MitarbeiterInnen von öffentlichen Diensten, insbesondere bei den Lehrpersonen, SchulpsychologInnen und BerufsberaterInnen, aus.
- Die EKFF bekräftigt ihre früheren Vorschläge zur **Reform des Familienlasten- bzw. Familienleistungsausgleichs**. Alle Massnahmen, welche der Prävention der Familienarmut, der Verbesserung der Lebenslage und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen, sind ebenfalls sehr bedeutsam für die Integration der Migrationsfamilien.

Am 17. Dezember 2002 wurde in Bern in Anwesenheit der VerfasserInnen der Broschüre eine Pressekonferenz organisiert. Die Konferenz fand in den Medien ein gros-

ses Echo (Presseauszüge verfügbar). Die Publikation wurde rege nachgefragt und von den ExpertInnen sehr positiv aufgenommen. Die EKFF verteilte die Broschüre an die ParlamentarierInnen, die Dachorganisationen und die kantonalen Stellen im Bereich Familienfragen und Integration.

Die EKFF beschloss, die nächste Tagung mit VertreterInnen der Gemeinden, Kantone und Organisationen dem Thema Familien und Migration zu widmen. Der diesbezügliche Programmentwurf wurde anlässlich der letzten Plenarsitzungen des Jahres besprochen.

2.3 Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung

Im Zusammenhang mit ihrer 2. Jahrestagung vom 12. März 2002, welche der Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung gewidmet war, und mit dem gleichentags durchgeführten Mediengespräch verabschiedete die EKFF das von EKFF-Mitglied Heidi Simoni vorbereitete Positionspapier.

Die EKFF erachtet den Ausbau familienergänzender Betreuungsangebote als wichtiges Element einer modernen Familienpolitik. Sie unterstützt deshalb eine schnelle Verwirklichung der parlamentarischen Initiative Fehr zur Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze. Familienergänzende Betreuung bietet in mancherlei Hinsicht eine Chance für die Kinder: Sie fördert die Integration und die soziale Verankerung insbesondere für Kinder aus Kleinfamilien oder aus psycho-sozial belasteten Familien.

Nach Auffassung der EKFF liegt es in der Verantwortung der öffentlichen Hand, ein vielfältiges Angebot an familienergänzender Betreuung in genügender Zahl zur Verfügung zu stellen, damit eine optimale Lösung für den Einzelfall gewährleistet ist. Zur politischen Verantwortung der Gesellschaft gehört es auch, für die verschiedenen Formen der Betreuungsangebote eine hohe sozialpädagogische Qualität zu garantieren und zu fördern. Die Zukunft der Gesellschaft gründet schliesslich auf den Entwicklungsbedingungen unserer Kinder.

2.4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine interne Arbeitsgruppe der EKFF befasste sich mit den Vorbereitungsarbeiten für ein Projekt zur „**Vereinbarkeit von Familie und Beruf**“. Sie erteilte der Beratungsstelle Familien- und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen den Auftrag, Thesen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter zu formulieren. Auf der Basis dieser Arbeiten brachte die Gruppe die Fragen im Plenum der Kommission zur Sprache.

An der Retraite 2003 soll als inhaltlicher Schwerpunkt die Frage nach der „Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben“ aus verschiedenen Blickwinkel angegangen

werden, wobei zwei Themen besondere Aufmerksamkeit zukommt: Flexibilität der Arbeitszeiten und der Familienzeiten; Harmonisierung der verschiedenen Stundenpläne.

Ausserdem fanden bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf regelmässige Austauschtreffen mit VertreterInnen des Eidg. Gleichstellungsbüros, der Eidg. Kommission für Frauenfragen, der Zentralstelle für Familienfragen und der EKFF statt.

2.5 Grundlagen der Familienpolitik

Die Kommission befasste sich im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Forums Familienfragen (siehe Punkt 4.2) mit dem Text von EKFF-Mitglied Kurt Lüscher über die Grundlagen der Familienpolitik. Es ist geplant, Anfang 2003 darauf zurückzukommen, um die Implikationen für die Kommission zu erörtern.

2.6 Forschung

2.6.1 Familienbericht

Das Eidg. Departement des Innern (EDI) erarbeitet den Familienbericht (Empfehlung Stadler). Die Kommission wurde regelmässig über die laufenden Arbeiten informiert. Joana Guldemann, Projektleiterin im BSV, präsentierte den Mitgliedern anlässlich der Sommersitzung den Stand der Arbeiten.

Im März nahm die EKFF beim EDI zum Bericht Stellung: Sie begrüsst die Forderung nach einer unabhängigen Rolle der Kommission im Rahmen des Berichts (Erstellung von unabhängigen Empfehlungen) und die für die Ausarbeitung des Berichts geeignete Struktur. An der Konzeption des Berichts meldete sie indessen Vorbehalte an.

2.6.2 Nationalfondsprojekt 52: „Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel“

Die EKFF bekundete der Leitungsgruppe ihre Genugtuung über die Durchführung des Nationalen Forschungsprogramms über Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel, das dazu beitragen soll, erhebliche Defizite in der Forschung zu schliessen. Ausserdem unterbreitete die EKFF der Leitungsgruppe Anregungen für eine adäquate Programmdurchführung und wünschte, dass bei der Durchführung der Projekte die Perspektive der Kinder berücksichtigt werde.

Anlässlich der Austausch- und Informationssitzung zwischen VertreterInnen der Leitungsgruppe des NFP 52 und der EKFF im Juni konnten unter anderem die Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit bei der Umsetzung umrissen werden. Zudem wurde mit der Programmleitung vereinbart, die EKFF anlässlich einer Plenarsitzung im Jahr 2003 über die angenommenen Projekte zu informieren.

2.6.3 Studie „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“, SKOS

Auf Anfrage der SKOS beteiligte sich Katrin Buchmann als Vertreterin der EKFF an der Projektbegleitgruppe der SKOS-Forschung zum Thema „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“. Es fanden insgesamt drei Treffen statt. Die Forschungsergebnisse sollen der EKFF im Rahmen einer Plenarsitzung 2003 vorgestellt werden.

3 Vernehmlassungen

2002 beteiligte sich die EKFF an zwei Vernehmlassungsverfahren, wobei sie sich auf die familienrelevanten Aspekte konzentrierte⁴:

- Vorentwurf für ein Bundesgesetz über das schweizerische Jugendstrafverfahren (Januar 2002)
- Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die registrierte Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Februar 2002).

4 Öffentlichkeitsarbeit

4.1 2. EKFF-Tagung mit VertreterInnen aus kantonalen Institutionen und Fachverbänden im Bereich Familienfragen – 12. März 2002, Bern

Die Jahrestagung der EKFF, an der sich VertreterInnen der Kantone, der Gemeinden und der Fachverbände beteiligten, war dem Thema Qualität der familienergänzenden Kinderbetreuung gewidmet.

„Die Bereitstellung von Angeboten familienergänzender Kinderbetreuung ist ein brandaktuelles Thema im Schnittpunkt von Familie und Staat. Im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind vor allem strukturelle und organisatorische Fragen rund um Krippenplätze in aller Munde. Unsere gesellschaftliche Zukunft gründet jedoch auf den Entwicklungsbedingungen unserer Kinder, also in erster Linie auf der Betreuungs- und Beziehungsqualität im Alltag und deren Nachhaltigkeit. Diese Kriterien müssen in der Diskussion um das Zusammenspiel von Familie, Staat und Wirtschaft bezüglich Fragen der Kinderbetreuung an die erste Stelle treten.“ (Auszug aus dem Tagungsprogramm)

Das Thema stiess bei den zahlreichen Teilnehmenden aus der ganzen Schweiz (TeilnehmerInnenzahl auf 140 beschränkt) auf grosses Interesse. Die Rückmeldungen haben gezeigt, dass alle Teilnehmenden mit der Qualität und der Organisation der Tagung sehr zufrieden waren.

⁴ Die Stellungnahmen der EKFF können beim EKFF-Sekretariat angefordert werden

4.2 2. Forum Familienfragen der Reihe „Aufgaben, Ressourcen und Leistungen von Familien“ - 11. September 2002, Solothurn

Das „Forum Familienfragen“ der EKFF bietet eine Plattform für den Austausch zwischen Forschung und Praxis. Beim ersten Forum 2001 lag der Akzent auf dem Thema „Familienleistungen“. Die Auseinandersetzung mit dem Oberthema „Aufgaben, Leistungen und Ressourcen von Familien“ wurde im Berichtsjahr unter dem Titel „Familiale Aufgaben und Leistungen im Lebensverlauf“ fortgesetzt. Im Vordergrund des Forums standen die Aufgaben und Leistungen, die in und durch Familien in den Phasen der mittleren und späten Familienentwicklung sowie unter besonderen Lebensumständen erbracht werden. Die Thematik wurde in einem Übersichtsreferat vorgestellt. In Arbeitsgruppen wurden die Ergebnisse einzelner Forschungsprojekten präsentiert. Die Diskussionen im Plenum und in den Arbeitsgruppen dienten dazu, den Bezug zur Familienpolitik herzustellen.

Im Anschluss an diese zweitägige Veranstaltung (siehe Punkte 4.1 und 4.2) fasste die EKFF folgenden Beschluss: Angesichts der verfügbaren Ressourcen sowie der Tatsache, dass die beiden jährlichen Foren sich in der Praxis tendenziell an das gleiche Zielpublikum richten, wird die EKFF künftig nur noch ein Forum pro Jahr durchführen. Dieses steht allen Interessierten offen, richtet sich aber vorrangig an die Familienfachleute aus Kommissionen, Kantonen, Gemeinden sowie schweizerischer oder überregionaler Dachorganisationen. Künftig wird eine Kostenbeteiligung verlangt. Die Tagung soll jährlich im Juni unter dem Namen Forum Familienfragen stattfinden. Das Thema für 2003 steht bereits fest: „Familien und Migration“.

4.3 Öffentliche Stellungnahmen, Medienmitteilungen

Die EKFF organisierte im Jahr 2002 drei Anlässe für die Medien:

- **Mediengespräch: „Qualität familienergänzender Kinderbetreuung im Spannungsfeld privater und staatlicher Verantwortung“, 12. März 2002**
Parallel zur Tagung vom 12. März 2002 (siehe Punkt 4.1) lud die EKFF die Medien zu einem Mediengespräch ein. Ziel war es, die Tätigkeiten der EKFF vorzustellen, die JournalistInnen für die Familienpolitik zu sensibilisieren und Gelegenheit zur Diskussion über die aktuellen Geschäfte in diesem Bereich zu bieten. Ausserdem wurde ein Positionspapier zur Qualität familienergänzender Kinderbetreuung eingereicht. Trotz der gleichzeitig stattfindenden Parlamentssession stiess die Tagung bei den Medien, insbesondere bei den nationalen Fernseh- und Radiosendern, auf grosses Interesse. Allerdings wurde das Konzept von den Medienleuten generell eher als Medienkonferenz und weniger als offene Diskussionsrunde verstanden. Deshalb beabsichtigt die EKFF, die Übung nicht mehr in dieser Form fortzusetzen, sondern sich auf die Pressekonferenzen im Zusammenhang mit einem konkreten Thema zu konzentrieren.
- **Perspektive Familienpolitik: „Die Leistungen aller Familien anerkennen“, 20. August 2002** (siehe Punkt 2.1)

- „**Die Migrationsfamilien: eine bedeutsame Herausforderung für die zukünftige Migrations- und Integrationspolitik**“, 17. Dezember 2002 (siehe Punkt 2.2)

In Interviews, Zeitungsartikeln und in Referaten im Rahmen von verschiedenen **Anlässen** äusserten sich der Präsident und die Mitglieder der EKFF öffentlich zu zentralen Themen der Familienpolitik:

- 19. September 2002 – Jahresversammlung der SODK, Basel, Präsentation der Position der Perspektive Familienpolitik
- 1. Oktober 2002 - „Concilier travail et vie familiale: quel rôle pour la politique sociale?“, colloque, Universität Freiburg
- 15. Oktober 2002: " Familienpolitik wohin?", Hochschule für Wirtschaft, Rundtischgespräch, Luzern.

Die EKFF wandte sich 2002 mit folgenden drei **Medienmitteilungen** an die Öffentlichkeit:

- 12. März 2002: „Betreuungsplätze für Kinder bereitstellen und für ihre Qualität sorgen sind wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben“
- 20. August 2002: „Perspektiven für eine Familienpolitik der Zukunft“
- 17. Dezember 2002: „Die Migrationsfamilien: eine bedeutsame Herausforderung für die zukünftige Migrations- und Integrationspolitik“.

Die EKFF bezog ausserdem zu anderen aktuellen Fragen Stellung:

- Die EKFF unterstützte beim Ständerat die Motion Janiak für ein **Rahmengesetz für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik**, Brief vom 17. Juni 2002.
- Anna Liechti, Mitglied der EKFF, führte bei Fachpersonen eine kleinere Erhebung über das **Schütteltrauma** bei Kindern durch und stellte die Ergebnisse dem Plenum der EKFF vor. Zu diesem Thema wurde ein offizielles Positionspapier ausgearbeitet. Die EKFF kann jedoch keine Koordinierungsrolle in diesem Bereich übernehmen, sondern die betreffenden Institutionen nur ideell unterstützen. In einer Fachzeitschrift wurde dazu ein Artikel veröffentlicht.

4.4 Kontakte mit Verwaltungsstellen und der Öffentlichkeit

Das Sekretariat der EKFF befasste sich mit zahlreichen Informations- und Dokumentationsanfragen von Fachdiensten, Medienleuten oder Studierenden. Das Sekretariat beteiligte sich am regelmässigen Austausch zwischen dem Dienst für Jugendfragen im Bundesamt für Kultur, dem Sekretariat der Eidg. Kommission für Jugendfragen und der Zentralstelle für Familienfragen des BSV. Ausserdem traf sich eine Delegation der EKFF mit VertreterInnen des Eidg. Gleichstellungsbüros, der Eidg. Kommission für Frauenfragen und der Zentralstelle für Familienfragen. Das EKFF-Sekretariat nimmt daneben alle sechs Monate an einer Austauschsitzung mit den Sekretariaten anderer Eidgenössischer Kommissionen im Departement des Innern teil. Daneben pflegt es regelmässige Kontakte mit dem Sekretariat des schweizerischen Seniorenrats.

Das Sekretariat vertrat die Kommission an den vom Eidg. Departement des Innern organisierten Austausch –und Informationssitzungen der Organisationen, die sich mit der Umsetzung der UNO-Kinderrechtskonvention befassen.

Auf Anfrage der Verantwortlichen des Projekts „Psychische Gesundheit“ des Bundesamtes für Gesundheit fand ein Austauschtreffen mit dem EKFF-Sekretariat statt. Bei dieser Gelegenheit wurden EKFF-VertreterInnen zur Teilnahme an einer Tagung zum Thema Psychische Gesundheit von Kinder und Jugendlichen vom 20. Februar 2003 eingeladen.

5 Ausblick auf das Jahr 2003

Die EKFF wird ihre Arbeiten in den folgenden prioritären Themenbereichen weiterführen:

- „Familien und Migration“: Thema des Forums Familienfragen 2003;
- „Fördern eines besseren Familienlasten- und Familienleistungsausgleichs“, in Partnerschaft mit den unter dem Namen „Perspektive Familienpolitik“ zusammengeschlossenen Organisationen;
- „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“: im Rahmen der Retraite vom September 2003 Beiträge externer ReferentInnen und vertiefte Auseinandersetzung mit dieser Frage;
- „Familienbericht“ des EDI: Position beziehen und Empfehlungen formulieren;
- Faltprospekt Portrait der EKFF: Publikation;
- NFP 52 "Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel": Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Leitungsgruppe.

Daneben wird sich die EKFF mit Blick auf die neue Amtsdauer 2004-2007 mit der zukünftigen Zusammensetzung der Kommission befassen.

II Anhang

1 Mitglieder der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen EKFF 2002

Präsident

Krummenacher, Jürg, lic. phil., Direktor der Caritas Schweiz, Luzern

Vizepräsidentin

Despland, Béatrice, lic. ès sc. de l'éduc., lic. iur., Institut de droit de la santé, Université de Neuchâtel

Mitglieder

- Bovay, Marianne, lic. iur, avocate, membre de la Fédération suisse des familles monoparentales, Genève
- Buchmann, Katrin, lic. phil., Pro Senectute Schweiz, Zürich
- Buscher, Marco, lic. phil., Chef der Sektion Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel
- Ferrari, Matteo, lic. oec. publ., Dipartimento della sanità e della socialità del Cantone Ticino, Bellinzona
- Haemmerle, Patrick, Dr. med., Kinder- und Jugendpsychiater, Leiter des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes des Kantons Freiburg
- Herzog, Jost, Fürsprecher, Abteilungschef der Zentralstelle für Familienfragen, Bundesamt für Sozialversicherung, Bern
- Höpflinger, François, Prof. Dr. phil., Soziologisches Institut der Universität Zürich
- Huwiler, Kurt, Dr. phil., Leiter Pädagogische Angebote der Stiftung Zürcher Kinder- und Jugendheime, Zürich
- Lanfranchi, Andrea, Dr. phil, Fachpsychologe für Kinder- und Jugendpsychologie FSP, Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik, Zürich
- Liechti, Anna, lic. phil., pro juventute, Zentralsekretariat, Zürich
- Luchsinger, Christine, Dr. phil., Stv. Amtschefin, Amt für Jugend- und Berufsberatung, Bildungsdirektion des Kantons Zürich (ab 28.06.2002)
- Lückner-Babel, Marie-Françoise, Dr. iur., Département municipal des affaires sociales, des écoles et de l'environnement, Genève, consultante en droits de l'enfant
- Lüscher, Kurt, Prof. em. Dr. rer. pol., Forschungsbereich „Gesellschaft und Familie“, Universität Konstanz
- Meier-Schatz, Lucrezia, Dr ès sc. pol., secrétaire générale, Pro Familia Suisse, Berne
- Simoni, Heidi, Dr. phil., Marie Meierhofer-Institut für das Kind, Zürich
- Wiederkehr, Kathie, dipl. Sozialpädagogin, Präsidentin Schweiz. Bund für Elternbildung SBE, Zürich (bis am 30.04.2002)

2 Auszug aus der Einsetzungsverfügung vom 20. November 1995 (Stand 4.2.02)⁵ des Eidg. Departementes des Innern

1. Es wird eine Koordinationskommission für Familienfragen als beratendes Organ des Eidg. Departements des Innern (nachstehend Departement) eingesetzt.
2. Die Kommission hat als Mandat,
 - dazu beizutragen, dass die Bedeutung der familiären Realität in unserer heutigen Gesellschaft von den entsprechenden Stellen und von der Öffentlichkeit anerkannt wird;
 - die Vernetzung und die Koordination der Forschungsarbeiten über Familien in der Schweiz zu fördern und die nötigen Informationen zusammenzutragen, um Forschungslücken aufzuzeigen und Perspektiven für die Forschung zu erarbeiten;
 - Massnahmen aus den Forschungsergebnissen abzuleiten und für deren Umsetzung zu sorgen;
 - allen interessierten öffentlichen und privaten Stellen als Drehscheibe zu dienen für wissenschaftliche wie praktische Informationen im Bereich Familienfragen;
 - in Zusammenarbeit mit andern direkt oder indirekt betroffenen Gremien wie Organisationen und Verbänden, der Eidg. Jugendkommission und der Eidg. Kommission für Frauenfragen dazu beizutragen, dass die verschiedenen Massnahmen im Bereich der Sozial-, Wirtschafts-, Kultur- oder Umweltpolitik die Interessen der Familien wahren und keine Familienformen benachteiligen.
3. Um diese Ziele zu erreichen, erhält die Kommission folgende Aufgaben:
 - In ihrer *Aufklärungs- und Sensibilisierungsfunktion* soll sie den Zugang der verschiedenen betroffenen Stellen wie auch der Öffentlichkeit und der Medien zu den Informationen über Familienfragen sicherstellen.
 - In ihrer *Koordinationsfunktion* ist sie zuständig für:
 - a) die Erfassung und Dokumentation der vorhandenen Untersuchungen zum Thema und das Aufzeigen der Konsequenzen von Forschungsergebnissen aus verwandten Forschungszweigen (Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Stadtentwicklung, Verkehr, Migration, etc.),
 - b) das Aufzeigen von Forschungslücken und die Förderung und Unterstützung von Untersuchungen, die diese Lücken schliessen sollen,
 - c) die Erarbeitung und regelmässige Aktualisierung einer Liste von dringlichen Forschungsanliegen und die Weiterleitung dieser Liste an die zuständigen Organe (Nationalfonds, Wissenschaftsrat BBW usw.).
 - In ihrer *Umsetzungsfunktion*
 - a) fördert, unterstützt und evaluiert sie innovative Pilotprojekte, die Ergebnisse von Forschungsprojekten in die Praxis umsetzen wollen,
 - b) erarbeitet sie Konzepte für familienpolitische Massnahmen und
 - Sie führt Aufträge des Departements aus und unterbreitet ihm jährlich ihr Arbeitsprogramm sowie ihren Tätigkeitsbericht.

⁵ Änderungen vom 4. Februar 2002 in Ziffer 2, Punkt 2 und Ziffer 5, 2. Satz

4. Die Kommission ist befugt, von sich aus Kontakte mit Verwaltungsstellen des Bundes und der Kantone, Universitäten, Verbänden und interessierten Kreisen aufzunehmen.
5. Die Plenarsitzungen werden je nach Arbeitsprogramm – rund viermal jährlich – von der Präsidentin bzw. vom Präsidenten einberufen. Die Sitzungseinladungen und die Traktandenlisten müssen den Mitgliedern mindestens zwei Wochen vor der Sitzung zugestellt werden. An den Sitzungen werden die Beschlüsse mit einfachem Mehr der anwesenden Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Präsidentin bzw. der Präsident. Es können an den Plenarsitzungen nur zu traktandierten Geschäften formelle Beschlüsse gefasst werden.
6. Sie kann Arbeitsgruppen und Subkommissionen einsetzen und im Rahmen der bewilligten Kredite Aufträge an Dritte erteilen. Sie kann zu ihren Beratungen Expertinnen und Experten beiziehen oder Hearings durchführen.
7. Die Veröffentlichung von Mitteilungen, Berichten, Empfehlungen und Anträgen der Kommission bedarf der Zustimmung des Departements.
8. Die Beratungen in der Kommission sind vertraulicher Natur. Die Kommissionsmitglieder haben jedoch das Recht, die ihnen nahestehenden Kreise über die Kommissionsarbeiten intern zu orientieren.
9. Das Sekretariat wird durch die Zentralstelle für Familienfragen im Bundesamt für Sozialversicherung geführt.
10. Auf die Entschädigung der nicht der Bundesverwaltung angehörenden Mitglieder der Kommission findet die Verordnung des Bundesrats vom 1. Oktober 1973 (SR 172.32) über die Entschädigung von Kommissionsmitgliedern, Experten und Beauftragten Anwendung. Im übrigen gilt die Verordnung vom 2. März 1977 über ausserparlamentarische Kommissionen, Behörden und Vertretungen des Bundes (SR 172.31).
11. Die Kommission besteht aus höchstens 17 Mitgliedern.

3 Publikationen

Auswirkungen von Armut und Erwerbslosigkeit auf Familien. Gesamtstudie

Stefan Spycher, Eva Nadai, Peter Gerber, Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 1997. Der Schlussbericht umfasst 3 Teile: Teil 1: Literaturbericht, 220 S.; Teil 2: Datengrundlagen in der Schweiz, 146 S.; Teil 3: Literaturlisten, 38 S. *(deutsch), erhältlich beim Sekretariat der EKFF*

Auswirkungen von Armut und Erwerbslosigkeit auf Familien - Ein Überblick über die Forschungslage in der Schweiz

Kurzfassung der Gesamtstudie von Katharina Belser, Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 1997, 43 S. Bestell-Nr. 301.600 (in Deutsch, Französisch oder Italienisch), Vertrieb: BBL

Auswirkungen von Armut und Erwerbslosigkeit auf Familien - Empfehlungen der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen

Bern 1998, 30 S. Bestell-Nr. 301.601 (in Deutsch, Französisch oder Italienisch), Vertrieb: BBL

Familien im Wandel - Informationen und Daten aus der amtlichen Statistik

Werner Haug, Bundesamt für Statistik, Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern 1998, 37 S., *Bestell-Nr. 301.602 (in Deutsch, Französisch oder Italienisch), Preis: Fr. 9.50 (inkl. CD-Rom), Vertrieb BBL*

Modelle des Ausgleichs von Familienlasten - Eine datengestützte Analyse für die Schweiz

Im Auftrag der EKFF, von Tobias Bauer und Elisa Streuli, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien. Bern 2000, 129 S., *Bestell-Nr. 301.603 (in Deutsch oder Französisch), Preis: Fr. 17.00, Vertrieb BBL*

Die Leistungen der Familien anerkennen und die Familienarmut reduzieren

Stellungnahme der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen zum Forschungsbericht "Modelle des Ausgleichs von Familienlasten", Bern 2000, 10 S. *(in Deutsch, Französisch oder Italienisch), erhältlich beim Sekretariat der EKFF*

Nicht-monetäre Angebote für Familien: Angebotskategorien und Empfehlungen für das weitere Vorgehen. Diskussionsgrundlage

Im Auftrag der EKFF, von Hans-Martin Binder, Christine Bächtiger, Barbara Müller, Institut für Politikstudien INTERFACE, Luzern 2000, 39 S., *(in Deutsch), erhältlich beim Sekretariat der EKFF oder als pdf-File unter www.interface-politikstudien.ch*

Position der EKFF zur Qualität familienergänzender Kinderbetreuung

2. EKFF-Tagung, Bern, 12. März 2002, 3. S. (in Französisch, Deutsch und Italienisch), erhältlich beim Sekretariat der EKFF

Kinder- und Familienzulagen in der Schweiz. Untersuchung im Hinblick auf eine Neuordnung

Im Auftrag der EKFF, Gerhard Hauser-Schönbächler, Bern, 2002, 25 S. (in Französisch, Deutsch und Italienisch), erhältlich beim Sekretariat der EKFF

Abklärungen zu einem gesamtschweizerischen System von Familien-Ergänzungsleistungen

Bericht zu Handen der EKFF, Eveline Hüttner, Tobias Bauer, Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, Bern, 2002, 34 S. (*in Französisch, Deutsch und Italienisch*), erhältlich beim Sekretariat der EKFF.

Familien und Migration. Beiträge zur Lage der Migrationsfamilien und Empfehlungen der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen EKFF.

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen (Hrsg.), Bern, 2002, 128 S., Bestell-Nr. 301.604 (in Französisch, Deutsch und Italienisch), Preis: Fr. 17.50, Vertrieb: BBL

Bestelladressen:

BBL

Bundesamt für Bauten und Logistik, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern, Tel. 031 325 50 50, Fax 031 325 50 58 oder: www.bundespublikationen.ch

EKFF

Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen EKFF, Sekretariat, BSV, Effingerstrasse 20, 3003 Bern, Tel. 031 324 06 56, Fax 031 324 06 75 oder: www.ekff.ch